

Israel/Palästina – «Sicherheitsrisiko» als Vorwand, um gegen palästinensische Gewerkschaften vorzugehen

In eigener Sache

Nachdem unsere Aktion zum 1. Mai aufgeleistet war, war es eine längere Zeit eher ruhig beim SOLIFONDS, zumindest was Gesuche anbelangt. Das änderte sich schlagartig ab Mitte Juni. Innerhalb kürzester Zeit erhielten wir gleich mehrere Anfragen um Unterstützung und alles musste schnell gehen:

Etwa als die Textilarbeiterinnen in Bangladesh in den Hungerstreik traten und forderten, dass sie endlich ihren Lohn bekommen, der seit drei Monaten nicht ausbezahlt worden war. Oder als im Fall Zimbabwe die Zerstörung der Felder der Bauern unmittelbar bevorstand. Oder ganz aktuell in Kolumbien, wo die Leiharbeiter auf Solidarität angewiesen sind, damit sie ihren Streik für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten können.

In solchen Fällen ist der SOLIFONDS gefragt, schnell und unbürokratisch Solidarität zu leisten. Meist ist finanzielle Unterstützung nötig. Zusätzlich verfassen wir Protestschreiben und Solidaritätsbekundungen und setzen uns dafür ein, dass solche auch von hiesigen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen abgeschickt werden und dass diese Kämpfe bei uns bekannt gemacht werden.

Die aktuelle Spendensammlung ist für unsere Aktionskasse bestimmt, aus der wir solche dringenden Unterstützungen finanzieren. Bei den jüngsten Aktionen, die wir hier vorstellen, geht es vorwiegend um Kämpfe für Landrechte und gegen Vertreibung sowie um die Kämpfe von ArbeiterInnen in prekären Arbeitsbedingungen.



Hatem Abu Ziadeh von der Zarfati-Gewerkschaft und Assaf Adiv von der Menschenrechtsgruppe WAC-MAAN werden von der Polizei kontrolliert und später verhaftet. Foto: M. Shwartz

Der Palästinenser Hatem Abu Ziadeh arbeitete seit 17 Jahren als Mechaniker in der Industriezone Mishor Adumim in der besetzten Westbank. Am 31. Juli widerrief die zuständige Polizei seine Arbeitserlaubnis – sie muss alle vier Monate erneuert werden –, was einer Entlassung gleichkam. Der israelische Besitzer der Zarfati-Garage hatte gegen ihn geklagt und ihn als Sicherheitsrisiko bezeichnet: Abu Ziadeh habe Militärfahrzeuge sabotiert, die Belegschaft aufgewiegelt und sei Sicherheitsoffizier der palästinensischen Autonomiebehörde. «Ist es nicht seltsam, dass ein ruhiger und während 17 Jahren unbescholtener Arbeiter just in dem Moment, in dem er zum Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaft gewählt wird, zu einem «Sicherheitsrisiko» wird?», fragt WAC-MAAN. Die israelische Menschenrechtsorganisation berät und organisiert arabische ArbeiterInnen in Israel. Für sie ist es denn auch offensichtlich, dass die Bezeichnung als «Sicherheitsrisiko» ein Vorwand war, um Abu Ziadeh loszuwerden und damit auch die eben gegründete Gewerkschaft zu zerstören.

Die 50 palästinensischen Arbeiter von Zarfati hatten sich gewerkschaftlich organisiert und Abu Ziadeh zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Am 22. Juli hatten die Gewerkschafter einstimmig beschlossen, für höhere Löhne (momentan verdienen sie vier Franken pro Stunde) und bessere Arbeitsbedingungen zu streiken. Der Besitzer setzte Streikbrecher und auch Schlägertrupp ein, um den Arbeitskampf zu brechen. Als dies nicht fruchtete, folgte die falsche Anklage gegen Abu Ziadeh und dessen faktische Entlassung durch den Entzug der Arbeitserlaubnis. Dieses Vorgehen hat System, ist WAC-MAAN überzeugt: «Hat ein Arbeiter den Mut, seinen Kopf zu erheben, fabriziert der Arbeitgeber Sicherheitsbedenken gegen ihn, und die Polizei widerruft die Arbeitserlaubnis. Das ist einfach, sauber... und hinterhältig.»

Deshalb setzt sich WAC-MAAN für die Rechte von Abu Ziadeh in Israel ein. Dabei geht es auch um das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der SOLIFONDS leistet einen Beitrag an die Rechtshilfekosten.

Arbeitsrechte durchsetzen

Mali – Hausarbeiterinnen kämpfen für ihre Rechte

In Mali migrieren junge Frauen auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt. Die meisten werden zu Hausarbeiterinnen, praktisch die einzige Arbeitsmöglichkeit für sie. Sie leben in den Häusern der Arbeitgeber und haben dort während der ganzen Woche rund um die Uhr zur Verfügung zu stehen. Sie erhalten einen Lohn von nicht einmal 30 Euro pro Monat. Ihre ArbeitgeberInnen behandeln sie oft auf entwürdigende Art, nicht selten kommt es zu Übergriffen und Misshandlungen.

Um diesen Missständen zu begegnen, wurde 2011 die Hausarbeiterinnengewerkschaft ADDAD (Association de Défense des Droits des Aides ménagères et Domestiques) gegründet. Ihr Slogan lautet: «Nous aussi, nous avons des droits.» Seit der Gründung hat ADDAD einiges erreicht: Die prekäre Situation der Hausarbeiterinnen ist öffentlich bekannt geworden, Schikanen durch Arbeitgeber und Polizei haben dank der Begleitarbeit von ADDAD abgenommen, ein Teil der Hausarbeiterinnen hat einen freien Sonntag erhalten und die Zahl der Mitglieder konnte laufend erhöht werden.

Ein wichtiges jährliches Ereignis ist die «Journée des aides ménagères et domestiques» anfangs Juni. Zu diesem Zeitpunkt kehren jene Frauen, die saisonal in den Haushalten arbeiten, für die Bestellung der Felder zu ihren Familien in ihre Dörfer zurück. Vorher treffen sie sich aber, um ihre Erfahrungen des vergangenen Jahres auszutauschen. Rund 350 Hausarbeiterinnen nahmen am diesjährigen Treffen teil, das vom SOLIFONDS unterstützt wurde. An der «Jahresendkonferenz» waren ausserdem VertreterInnen von malischen Frauen- und Kinderrechtsorganisationen anwesend; ADDAD sucht die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, um gesellschaftliche Probleme – etwa häusliche Gewalt – gemeinsam anzugehen.

Kolumbien – Streik der Leiharbeiter in Kohleminen



Die Arbeit liegt still – 3500 Arbeiter fordern bessere Arbeitsbedingungen.
Fotos: Sintraime /zvg

Am 9. Juli sind 3500 Leiharbeiter in den kolumbianischen Kohleminen in den Streik getreten. Sie sind bei der Kontraktfirma Dimantec angestellt und arbeiten in den Tagebau-Kohleminen des Konsortiums El Cerrejón, des US-Konzerns Drummond und der Glencore-Tochter Prodeco. Die Leiharbeiter unterhalten und reparieren die schweren Maschinen in den Minen, sie führen die gleichen Arbeiten aus wie Direktangestellte, verdienen aber mit rund 380 Franken im Monat gerade mal ein Drittel von deren Lohn und arbeiten zu deutlich schlechteren Bedingungen. Die Firma Gecolsa-Caterpillar vermittelt die Arbeiter an die Kohleminen. Sie selbst hat nur dreissig Prozent Direktangestellte, die übrigen siebenzig Prozent sind Leiharbeiter, die über die Kontraktfirma Dimantec

beigezogen werden. Diese Auslagerungspraxis zu schlechteren Bedingungen ist nicht rechtens, wie im April 2014 das kolumbianische Arbeitsministerium festhielt.

Die Arbeiter fordern seit langem eine Löhnerhöhung, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, ebenso wie besseren Umweltschutz. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Unternehmen Dimantec stimmten die Arbeiter für den Streik und legten die Arbeit nieder. Der SOLIFONDS unterstützt sie in diesem Kampf.

Seit Streikbeginn hat der Druck permanent zugenommen. Gewerkschafter und ihre Familien sind von paramilitärischen Gruppen mit dem Tod bedroht worden, mehrmals wurden bewaffnete Männer in der Nähe von Arbeiterversammlungen gesichtet, einem Gewerkschaftsführer wurde in einem Brief gedroht: «Beendet euren Streik und geht zurück an die Arbeit. Ansonsten erfüllen wir das Ultimatum und erklären euch und eure Familien zum militärischen Ziel.» Und weiter: «Dich haben wir im Visier, wir haben dich als einen der draufgängerischen Gewerkschafter identifiziert, für welchen uns unsere Verträge der sozialen Säuberung gut bezahlen werden.» Das Unternehmen seinerseits versucht, den Streik als illegal zu erklären. Bis Redaktionsschluss halten die Leiharbeiter trotz dem Druck an der Arbeitsniederlegung fest.

Peru – Gewerkschaft fordert Verurteilung wegen Massenentlassung

Perubar SA, eine Unterfirma des Glencore-Konzerns, schloss im November 2008 sämtliche Leiharbeiter von der Arbeit in der Mine Rosaura aus und stellte die Produktion ein, angeblich aus wirtschaftlichen Gründen. Die Gewerkschaft Sintramin und die Organisation der Minenfrauen

CNMM sahen in diesem Vorgehen einen Angriff auf die Gewerkschaftsrechte und reichten Klage wegen illegaler Massenentlassung und Missachtung der Vorschriften zur Schliessung einer Mine ein. Ein erstinstanzliches Urteil des Arbeitsgerichts sprach Perubar/Glencore zwar frei,

hielt aber fest, dass die betroffenen Arbeiter genötigt worden seien, selbst zu kündigen, was dem Arbeitsrecht widerspricht. Sintramin und CNMM wollen deshalb das Urteil anfechten und fordern eine Verurteilung des Unternehmens wegen unrechtmässiger Minenschliessung.

Landrechte verteidigen

Indien – Adivasi kämpfen für ihre Lebensgrundlagen



Kampf gegen ihre Vertreibung – Baiga fordern Landrechte ein.

Foto: MJVS

Um die Tiger zu schützen, werden Urwaldgebiete in den indischen Teilstaaten Madhya Pradesh und Chhattisgarh zu Nationalparks erklärt und Naturschutzprojekte umgesetzt. Dadurch kommen die indigenen Gemeinschaften der Baiga (Adivasi), die in diesen Wäldern traditionell vom Wanderackerbau leben, unter Druck. «Die Baiga werden gezwungen, ihren Lebensraum zu verlassen, denn die Tigerschutzzonen werden laufend ausgedehnt», berichtet ein Aktivist aus der Gegend. Trotzdem würden plötzlich riesige Schneisen in die Urwälder geschlagen, wertvolle Hölzer abtransportiert, und da im Untergrund wirtschaftlich interessante Mineralien lagerten, fielen in der Folge die Minengesellschaften ein. Nicht die Baiga, die seit Jahrhunderten mit den Tigern gelebt hätten, seien dessen Bedrohung, sondern die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen.

Diese Entwicklung widerspricht indischem Recht. Das 2008 in Kraft getretene Gesetz über die Urwälder (Forest Rights Act) legt fest, dass diese Waldgebiete geschützt sind und die Menschen, die dort leben, ein Recht auf das Land haben. Demnach müsste den einzelnen Familien Land für ihre landwirtschaftliche Tätigkeit und den Gemeinden Land für gemeinschaftliche Aufgaben (Holzsammel- und Weidegebiete, Land für Schulen, Spitäler, Tempel) überschrieben werden. Doch das Gegenteil passiert.

Die regionale Landrechtsgruppe MJVS, eine Untergruppe der nationalen Landrechtsorganisation Ekta Parishad, intervenierte in unzähligen Fällen wegen missbräuchlicher Gerichtsklagen und hat erreicht, dass 300'000 (!) Klagen gegen Baiga wegen Holzdiebstahls als nichtig erklärt wurden. Jetzt plant MJVS eine breite Mobilisierungskampagne mit den Baiga-Gemeinschaften, die der SOLIFONDS unterstützt. Zentrale Aktivität ist ein Fussmarsch im November und Dezember. Dabei werden rund 100 Baiga-Gemeinschaften besucht. Diese bereiten im Vorfeld ihre Klagen und Forderungen vor, so dass diese am Schluss des Marsches den regionalen und nationalen politischen Behörden übergeben werden können. Letztlich geht es darum, das Recht der Baiga auf ihr Land und ihre Existenzgrundlagen durchzusetzen.

Ihre Unterstützung macht es dem SOLIFONDS möglich, Solidarität in die Tat umzusetzen – rasch und unbürokratisch. Vielen Dank!

Zimbabwe – Bauerngemeinden gegen Ethanolfabrik

Ende Mai walzten Traktoren der Ethanolfabrik «Green fuel» in Chisumbanje/Zimbabwe erntereife Felder von Kleinbauernfamilien nieder. Kurz darauf brannten Zuckerrohrfelder der Fabrik. Der jahrelange Konflikt um das Gemeindeland, das «Green fuel» für die Zuckerrohrproduktion rücksichtslos an sich reißt, drohte in Gewalt umzuschlagen. Zuvor war nach dem Wahlsieg von Mugabes ZANU-PF ein runder Tisch, der nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung suchte, aufgelöst worden.

Die Platform for Youth Development (PYD), eine lokale Jugendorganisation, vertritt auf Anfrage der betroffenen Gemeinden deren Interessen gegenüber Unternehmen und Staat. Gewalt bringt in diesem Konflikt keine Lösung, ist PYD überzeugt und sucht, unterstützt vom SOLIFONDS, weiter nach einer Verhandlungslösung. Allerdings lässt das rücksichtslose Vorgehen von «Green fuel» nur wenig Hoffnung aufkommen.

Paraguay – Opfer werden zu Tätern

19 Männer und Frauen sowie weitere 47 Verdächtige sollen wegen versuchten Totschlags und Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt werden. Die landlosen Angeklagten hatten das Landgut Marina Cue (2'000 Hektaren) in Curugutay besetzt und bebaut. Im Juni 2012 wurden sie auf Drängen eines Landoligarchen gewaltsam vertrieben. 12 Landlose und 6 Polizisten starben dabei.

Inzwischen hat das Oberste Gericht des Landes festgestellt, dass Marina Cue Staatsbesitz sei und das Land gemäss der Agrarreform an Landlose verteilt werden sollte. Der Anklage ist damit die wesentliche Grundlage entzogen.

Trotzdem besteht wenig Hoffnung für die Angeklagten. Das Massaker vom Juni 2012 diente als Vorwand für den kalten Putsch gegen den damaligen Präsidenten Lugo und für die uneingeschränkte Rückkehr der Agraroligarchie an die Macht. Eine Einstellung des Prozesses oder Freisprüche würden die ganze Putschrechtfertigung in sich zusammenfallen lassen. Die Angeklagten brauchen für den voraussichtlich im November stattfindenden Prozess unsere Solidarität!

Bangladesh – TextilarbeiterInnen erhalten Lohn nach elf Tagen Hungerstreik



Dhaka, August 2014: Näherinnen der Tuba Group am sechsten Tag ihres Hungerstreiks in einem besetzten Fabrikgebäude. Foto: Indrajit Ghosh / Demotix

Ende Juli traten TextilarbeiterInnen von fünf Fabriken der Tuba Group Bangladesh in den Hungerstreik. 1600 ArbeiterInnen, grossmehrheitlich Frauen, hatten während drei Monaten ihren Lohn nicht erhalten und waren dadurch in eine extrem prekäre Situation geraten.

Nachdem ihre wiederholten Forderungen und Proteste nicht gefruchtet hatten, begannen die NäherInnen den Hungerstreik – nötigenfalls bis zum Tod. Am Streik beteiligt war auch Mushrefa Mishu, Präsidentin der Gewerkschaft Garment Workers' Unity Forum (GWUF), die der SOLIFONDS seit längerem kennt (siehe Bulletin Nr. 87). SOLIFONDS, SGB und Unia forderten von der bangladeschischen Regierung und vom Textilunternehmerverband BGMEA, dass den ArbeiterInnen ihre Löhne ohne Verzug ausbezahlt würden.

Die Tuba Group fertigt Kleider für Konzerne wie Walmart, und während der WM lieferte sie Sporttenues an europäische Firmen. Besitzer ist Delwar Hossein, dem auch die Fabrik Tazreen Fashions gehörte, welche im November 2012 niederbrannte – mindestens 112 Arbeiterinnen starben dabei, weil sie die Fabrik nicht verlassen konnten. Als Hossein im Frühjahr 2014 für den Brand von 2012 endlich ins Gefängnis kam, wurden 1600 Arbeiterinnen praktisch in Geiselhaft genommen, indem die Tuba Group ihnen keinen Lohn mehr auszahlte – Hossein kam Anfang August auf Kautions frei.

In Bangladesch entstand eine breite Solidaritätsbewegung mit den Tuba-Group-NäherInnen, es fanden Demonstrationen und symbolische Hungerstreiks zu ihrer Unterstützung statt, Solidaritätsdelegationen suchten die Hungerstreikenden in der Fabrik auf. Dann hinderte die Polizei ÄrztInnen am Betreten des Gebäudes und stellte nach zehn Tagen Hungerstreik das Wasser ab – der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden verschlechterte sich rapide. Tags darauf räumte die Polizei das Fabrikgebäude mit Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcken, den ArbeiterInnen wurde mit Vergewaltigung gedroht, falls sie das Gebäude nicht verliessen. Zahlreiche Gewerkschafterinnen wurden festgenommen.

Nach der brutalen Unterdrückung des Streiks erhielten die ArbeiterInnen zwar die drei geschuldeten Monatslöhne, Überstundenlöhne und Zuschläge stehen aber noch immer aus. Diese Zahlungen fordern die ArbeiterInnen aktuell ein. Zudem verlangen sie, dass die derzeit geschlossenen Fabriken wieder geöffnet und die von der Lohnblockade betroffenen ArbeiterInnen weiterbeschäftigt werden. Der SOLIFONDS unterstützt die TextilarbeiterInnen in diesen Forderungen.

Gegen Kriminalisierung

In Kolumbien haben die sozialen Proteste zugenommen. Gleichzeitig kommt es vermehrt zu Kriminalisierungen und konstruierten Anklagen gegen AktivistInnen. Die Betroffenen geraten durch solche Anschuldigungen zusätzlich ins Visier von Paramilitärs. Um gegen willkürliche Verhaftungen und konstruierte Anklagen vorzugehen, organisiert das Solidaritätskomitee mit politischen Gefangenen (CSPP) die Rechtsverteidigung von angeklagten GewerkschafterInnen, Studierenden und Bauern/Bäuerinnen.

Derzeit bildet das CSPP mit Unterstützung der SOLIFONDS AktivistInnen als MenschenrechtsverteidigerInnen aus. Diese begleiten die Protestaktionen von Basisorganisationen oder Gewerkschaften, sie dokumentieren Übergriffe und leisten Rechtsberatung für Verhaftete. Sie sind damit für die Verteidigung demokratischer Rechte von grosser Bedeutung.

Solidaritätskarawane

Das kolumbianische Netzwerk von Gewerkschaften und Sozialbewegungen REDHER hat im August eine zehntägige Karawane in die südliche Region Nariño durchgeführt, um die Auswirkungen der Militarisierung auf die Lebenssituation und die Rechte der Bevölkerung sichtbar machen und die lokalen Bewegungen zu unterstützen. Im Nariño sind grosse Militäroperationen zur Guerillabekämpfung durchgeführt worden. Für die Bevölkerung war diese Militarisierung gleichbedeutend mit einem Verlust ihrer Grundrechte, denn sie brachte Übergriffe und Verreibungen, Pauschalverdächtigungen, Verschwindenlassen von Personen und Morde mit sich.

Dass solche Solidaritätsbekundungen enorm wichtig sind, zeigte die Aussage eines Arbeiters aus einer anderen Region: «Seit eine Solidaritätskarawane zu uns kam, gibt es uns als Menschen, die unter diesem Krieg leiden und unsere grundlegenden Rechte einfordern. Zuvor existierten wir in der öffentlichen Wahrnehmung nicht.»

Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion:
Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich